D-1-020

Dringlichkeitsantrag

Landesdelegiertenversammlung und Wahlversammlung am 10. & 11. Mai 2025 in Idar-Oberstein

Initiator*innen:	Helga Guthmann (KV Rhein-Pfalz)
Verfahrensvorschlag:	Zurückgezogen
Titel:	**D-1-020: Dringlichkeitsantrag zur Einstufung der AfD als „gesichert rechtsradikal“**

Antragstext

Von Zeile 19 bis 27:

Die LDV des Landes RLP bittet den Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion und die grünen Verantwortlichen in den Landesparlamenten oder Landesregierungen:
~~1. Nach dieser Entwicklung sich jetzt mit aller Energie für einen Prüfauftrag, der im positivem zu einen Verbotsantrag AfD zu führt, einzusetzen~~
~~2. Einen weiteren Prüfauftrag zu initiieren, wie die steuerfinanzierte Parteienfinanzierung der AfD zu beenden ist~~
~~3. Zu beantragen, dass das Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, unter Schützung von Personendaten und juristisch relevanten Fakten, umgehend offengelegt wird~~
1. Sich mit aller Kraft für die Einleitung eines AfD-Parteiverbotsverfahren einzusetzen.2. Sich mit aller Kraft für die Beendigung der staatliche Parteienfinanzierung der AfD einzusetzen.

Begründung

Reduzierung des Antrags auf das Wesentliche und Wichtige. - Keine weiteren Prüfanträge bitte, prüfen muss sowieso das Bundesverfassungsgericht. - Das NPD-Verbotsverfahren ist daran gescheitert, dass die Partei vom Gericht als unbedeutend eingestuft wurde. Das trifft auf die AfD nicht zu. Und ein Prüfauftrag für die Kappung der Parteifinanzierung ist völlig unnötig, der kann direkt gestellt werden, das hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Begründung beim NPD-Verbotsverfahren sowieso nahegelegt. Nebenbei: Der früheren NPD, heute "Die Heimat" wurde bereits die staatliche Parteienfinanzierung gestrichen. Den Antrag hatten Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht gestellt. Dem wurde im Januar 2024 stattgegeben. Zu diesem Änderungsantrag gehören noch 2 weitere Änderungsanträge, die beantragen, die ersten beiden Abschnitte des Antrags komplett zu streichen, da sie ängstlich auf vermutete AfD-Reaktionen starren und zu sehr deren Opferrolle betonen. Wir sollten selbstbewusster werden und uns auf unsere Ziele konzentrieren. Leider muss aus technischen Gründen pro Absatz ein extra Änderungsantrag gestellt werden.